

16. Juli 2002

Internationales Jahresbericht 2001

Autor:

Martin Beck

EnergieSchweiz

Bundesamt für Energie BFE, Worblentalstrasse 32, CH-3063 Ittigen · Postadresse: CH-3003 Bern
Tel. 031 322 56 11, Fax 031 323 25 00 · office@bfe.admin.ch · www.energie-schweiz.ch

1 Internationales

Die Frage des Klimawandels stand in den letzten Jahren ganz zuoberst auf der internationalen Agenda der Energiepolitik. Einerseits veröffentlichte das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) ihren dritten Lagebericht. In drei Arbeitsgruppen wurden die wissenschaftlichen Grundlagen erarbeitet, die Auswirkungen abgeschätzt und mögliche Antworten der Politik und Gesellschaft vorgeschlagen. Die Resultate der umfangreichen Untersuchung lassen darauf schliessen, dass zumindest ein Teil der im letzten Jahrhundert beobachteten Temperaturerwärmung auf menschliche Aktivität zurückgeführt werden kann, dass die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Systeme dadurch verwundbar sind und, dass die Auswirkungen durch aktive Massnahmen der Gesellschaft und Politik verkleinert werden müssen.

Im Gegensatz dazu gestalteten sich die Verhandlungen zum Kyoto-Protokoll in Den Haag (Ende 2000), Bonn (Sommer 2001) und Marrakesch (Herbst 2001) schwierig. Insbesondere die Ankündigung der USA im März 2001 aus dem Prozess auszusteigen erforderte einen langwierigen Einigungsprozess. Deshalb ist es als Erfolg zu werten, dass in Marrakesch eine Einigung erzielt werden konnte. Diese sieht für die Industriestaaten verbindliche Senkungsziele ihrer Treibhausgasemissionen vor, und regelt die Anwendung der flexiblen Mechanismen (Clean Development, Emission Trading und Joint Implementation). Die EU wie die Schweiz haben angekündigt, das Protokoll von Kyoto rasch zu ratifizieren.

Im Jahr 2001 hat die Schweiz ihren dritten Länderbericht zuhanden der UNO-Klimkonvention erstellt, der im Frühjahr 2002 einer Prüfung durch ein ausländisches Expertenteam unterzogen wurde. Dabei hat die Schweiz gute Noten für ihre Klimapolitik (d.h. im wesentlichen für die Programme Energie2000 und EnergieSchweiz) erhalten.

In einigen Ländern wie zum Beispiel Deutschland existieren explizit Gesamtmassnahmenprogramme wie EnergieSchweiz zur Verminderung des Klimawandels, in anderen wird eine Fülle von Einzelmassnahmen ergriffen. Sowohl im ersten wie im zweiten Fall werden vor allem Massnahmen im Energiebereich durchgeführt.

Energie spielt im Zusammenhang mit der nachhaltigen Entwicklung eine wichtige Rolle. Sowohl für die Sicherstellung der grundlegenden menschlichen Bedürfnisse, wie Nahrung, Bildung, Gesundheit, usw. als auch für eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung ist eine zuverlässige Energieversorgung eine Grundvoraussetzung. Daneben sind die Einwirkungen auf die Umwelt möglichst klein zu halten. Die Kommission für nachhaltige Entwicklung der UNO hat die Energie als ein Hauptthema für ihre neunte Zusammenkunft im April 2001 ausgewählt. Eine Gruppe internationaler Experten und Regierungsvertreter hat dazu ein Grundsatzpapier verfasst. Darin wird die Sicherstellung einer diversifizierten und zuverlässigen Energieversorgung, insbesondere auch für diejenigen, die bisher davon ausgeschlossen waren, die Unterstützung der Forschung, die Installation und Bekanntmachung neuer klimafreundlicher Energietechnologien, die weitere Liberalisierung der Energiemärkte und die Einhaltung hoher Sicherheitsstandards gefordert. Am Weltgipfel RIO + 10 in Johannesburg vom September 2002 spielen diese Forderungen als Mittel zur Eindämmung der Armut und zur Förderung der Wirtschaftsentwicklung eine wichtige Rolle.

In den Industriestaaten werden mit einer Vielzahl von staatlichen Massnahmen die rationelle Energienutzung und die erneuerbaren Energien gefördert. Dies umfasst Vorschriften zur Senkung des Energieverbrauchs von Gebäuden, Maschinen und Geräten, freiwillige Vereinbarungen mit Energieproduzenten und/oder -Konsumenten, finanzielle Anreize wie Steuersenkungen, -Befreiungen oder Subventionen, oder neue Umweltsteuern. Die Unterstützung der Forschung und Entwicklung neuer, umweltfreundlicher Energietechnologien ist schon seit längerer Zeit eine wichtige Domäne der staatlichen Energiepolitik in vielen Ländern. Die Sensibilisierung und Information der Bevölkerung über die Auswirkungen des Energieverbrauchs und das Aufzeigen von möglichen Alternativen wird ebenfalls in vielen Staaten gefördert.

Die Liberalisierung der Energiemärkte schreitet international voran. Obwohl sich die Elektrizitätsmärkte im Grundsatz positiv entwickeln, müssen sich ehemalige Monopolbetriebe zuerst in konkurrierende Unternehmen verwandeln, und funktionierende Märkte entstehen nicht über Nacht. Daher dürfte die Übergangszeit in gewissen Fällen länger sein als ursprünglich angenommen. Zudem

hat die Frage der Versorgungssicherheit an Bedeutung gewonnen. *(alles Zitat der IEA!)* Im Frühling 2002 hat sich die EU darauf geeinigt, dass ab 2004 alle Wirtschaftsunternehmen freien Zugang zum Strommarkt haben. Die Haushalte werden je nach Land weiterhin ihren Versorger frei wählen oder nicht am Markt teilnehmen können.

Die Liberalisierung des europäischen Gasmarktes schreitet ebenfalls voran. Bereits knapp 80 % des verbrauchten Erdgases unterstehen nominell Marktbedingungen. Trotzdem sind die Preise nicht gesunken, weil langfristige Bezugsverträge an den Erdölpreis gekoppelt sind.

Im weiteren werden in verschiedenen Ländern Pläne für die Einführung von Emissionshandel und die Ausgabe grüner Zertifikate für erneuerbare Energiequellen entwickelt.

Ende 2000 wurde im Grünbuch der EU „Hin zu einer europäischen Strategie für Energieversorgungssicherheit“ eine diversifiziertere, ölonabhängigere Energieversorgung gefordert. Der Anteil der erneuerbaren Energien soll durch finanzielle Massnahmen markant vergrössert werden, mit der Steuerpolitik sollen Umweltbeeinträchtigungen Rechnung getragen werden und mit Vorratshaltung und Herkunftsdiversifizierung die Verfügbarkeit der fossilen Energieträger abgesichert werden. Dies Vorschläge wurden breit diskutiert und für die Elektrizität und den Treibstoffbereich mittels Richtlinienentwürfen konkretisiert.

Literatur:

Energy Policies of IEA Countries, 2001 Review, 2001: OECD/IEA, Paris

Grünbuch: Hin zu einer europäischen Strategie für Energieversorgungssicherheit, 2000: Kommission der europäischen Gemeinschaften, Brüssel, auch unter europa.eu.int

IPCC Third Assessment Report – Climate 2001, 2001: Cambridge University Press, Cambridge; auch unter www.ipcc.ch

Toward a sustainable energy future“, 2001: OECD/IEA, Paris

2 Kontaktadresse

Monica Engheben, BFE, 3003 Bern, Tel. 031 323 50 03, Fax 031 323 25 00,
monica.engheben@bfe.admin.ch